

Peter Heesen

**“Demographischer Wandel -
Was ist zu tun?”**

**Eröffnungsansprache
anlässlich der
53. Jahrestagung des DBB**

**Köln, 9. Januar 2012
Sperrfrist: 10 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Begrüßung als Introitus einer Rede ist das so eine Sache:

Viele stellen sich dabei die Frage: Muss das sein, und wann kommt er endlich zur Sache? Andere wiederum warten gespannt darauf, wann endlich sie ad personam begrüßt werden.

Lassen wir im Neuen Jahr, für das ich Ihnen von Herzen alles Gute wünsche, doch einmal die alten Gewohnheiten beiseite und nehmen die Begrüßung als das, was sie wirklich ist: Ein freundlich-familiärer Willkommensgruß, als Ausdruck menschlicher Verbundenheit in einer Gemeinschaft, in der der eine den anderen braucht.

So sage ich aus Überzeugung: Herzlich willkommen, meine Damen und Herren, zur 53. Jahrestagung des DBB. Seien Sie alle herzlich begrüßt bei Beamtenbund und Tarifunion.

Besonders begrüßen möchte ich namentlich einige Menschen, deren Anwesenheit wir als eine besondere Ehre und Auszeichnung für unsere Arbeit verstehen.

Ich begrüße erstmals bei uns

👉 den für den öffentlichen Dienst zuständigen Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, -

und ich begrüße mit ihm viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus allen Fraktionen, die ebenfalls für uns im öffentlichen Dienst Verantwortung tragen, - an der Spitze den Vorsitzenden den Bundestagsinnenausschusses, unseren Freund Wolfgang Bosbach, und mit ihm die Abgeordneten Armin Schuster, Michael Hartmann, Dr. Stefan Ruppert, Konstantin von Notz sowie Frank Tempel aus dem Innenausschuss, die heute Nachmittag auch auf dem Podium vertreten sein werden,

ferner die Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Uhl, Ingrid Fischbach, Fritz-Rudolf Körper, Kirsten Lühmann, Stephan Mayer sowie den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe.

Mein Gruß gilt - er ist ebenfalls erstmals bei uns - dem

👉 Finanzminister des gastgebenden Bundeslandes NRW, Herrn Dr. Norbert Walter-Borjans.

Und mit ihm begrüße ich seinen Kollegen, Herrn Innenminister Ralf Jäger, sowie viele Abgeordnete deutscher Landtage; stellvertretend für alle nenne ich den Präsidenten des Saarländischen Landtags, Herrn Hans Ley.

Natürlich begrüße ich auch den, der hier zuhause ist, den Ersten Bürger dieser Stadt, Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters. Und mit ihm begrüße ich die Vertreter der Kommunen und ihrer Spitzenverbände.

Unser herzlicher Gruß gilt den Staatssekretären, den vielen Behördenleitern von Bund und Ländern sowie den Abteilungsleitern und Mitarbeitern der Ministerien aus Bund und Ländern; stellvertretend nenne ich Frau Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe aus dem BMI.

Europa, meine Damen und Herren, das ist zur Zeit Sorgenkind, aber immer auch Hoffnung auf Frieden, an den uns die vielen Soldatenfriedhöfe regelmäßig erinnern. Deshalb freuen wir uns, dass wir den Abgeordneten des Europaparlaments, Herrn Michael Theurer, bei uns begrüßen dürfen.

Mit ihm begrüße ich all unsere europäischen Freunde, mit denen uns die Idee eines vereinten und friedlichen Europa verbindet: stellvertretend für alle begrüße ich den Mit-Präsidenten unserer CESI und 2. Präsidenten des Österreichischen Nationalrates, meinen Freund Fritz Neugebauer, sowie den neuen Generalsekretär unserer CESI, Kollegen Klaus Heeger.

Ich begrüße die vielen Repräsentanten befreundeter Verbände und Gewerkschaften; namentlich genannt seien:

- 👍 Frank Bsirske von ver.di
- 👍 Ulrich Kirsch vom Bundeswehrverband
- 👍 Christoph Frank vom Deutschen Richterbund
- 👍 Dr. Karsten Schneider vom DGB sowie
- 👍 Peter Clever von den Arbeitgeberverbänden

Ich begrüße die vielen Vertreter unserer Wirtschaftspartner und nenne stellvertretend des DBV/AXA-Chef Dr. Frank Keuper sowie den Präsidenten des Verbandes der privaten Krankenversicherungen, Reinhold Schulte von der Signal-Iduna.

Schließlich begrüße ich - verbunden mit herzlichem Dank für ihr Tun - unsere Vorläufer in der Verantwortung, namentlich unsere Ehrevorsitzenden Werner Hagedorn und Erhard Geyer sowie die Träger der DBB-Ehrennadel.

Schließlich freue ich mich wieder sehr über die große Zahl der Vertreter der elektronischen sowie der Printmedien; ich wünsche Ihnen erfolgreiche Arbeit und zudem einen sicheren Arbeitsplatz, was leider in einem wachsenden Konkurrenzkampf der Branche immer schwieriger wird.

Meine Damen und Herren!

Wir brauchen nicht wesentlich mehr, sondern mehr Wesentliches.

Nein, - dieser Satz ist keine innere Verabschiedung von einer substantiellen Forderung für unsere Beschäftigten in der vor uns liegenden Einkommensrunde. Denn auch und gerade die, die als Beruf und aus Berufung Anderen dienen, müssen für diesen Dienst angemessen honoriert werden; das steht außer Frage.

Vor Jahren hat an dieser Stelle Wolfgang Schäuble einmal gesagt, wer in den öffentlichen Dienst gegangen sei, der habe gewusst, dass er nicht reich werden würde. Ohne Zweifel, - aber im Eid des Beamten auf die Verfassung ist nicht auch noch das Gelübde der ewigen Armut enthalten; das ist der klösterlichen Abgeschiedenheit vorbehalten.

Was ich sagen möchte: Der Satz „Wir brauchen nicht wesentlich mehr, sondern mehr Wesentliches“ ist ein Kernsatz für die Probleme unserer Gesellschaft. Von ihm läßt sich ableiten, welche Fehler wir in unserer Gesellschaft gemacht haben, und welchen alten neuen Weg wir gehen müssen, um eine notwendige Neuorientierung unserer Gesellschaft einzuleiten.

Was sind wesentliche Fehlentwicklungen, die unsere Gesellschaft kennzeichnen?

“Hast Du was, dann bist Du was!” So lautete in den 50er Jahren ein Werbeslogan unserer Sparkassen. Das war solide gemeint:

Spare, leg etwas zurück für schlechte Zeiten, geh solide um mit dem, was Dir gehört, denn je mehr es wird, desto sicherer bist Du für die Zukunft aufgestellt, desto unabhängiger wird dein Leben sein.

Aber was ist daraus geworden?

Besitz, Vermögen, Reichtum, das schnelle Geld, wie immer man es auch erlangt, wer immer auch dabei auf der Strecke bleibt, - Hauptsache, dieses Verlangen wird gestillt, hat den schnellen Erfolg.

Die Gier nach dem Materiellen, auch der Hang zum Luxus, - sie sind konstitutiv geworden in einer Gesellschaft, die sich weniger denn je der Tatsache bewusst ist, dass niemand von uns etwas mitnimmt, wenn denn die Stunde schlägt.

Es ist so, als seien die Maßstäbe verloren gegangen für ein solides Leben in Verantwortung vor sich selbst und vor den Anderen. Gemeinschaft nicht mehr Wert an sich, sondern mehr und mehr zum Objekt geworden, ein Objekt der Bereicherung, des Gewinne Machens.

Fachtermini wie Immobilienblase, Bankenkrise, Spekulationswut, Finanzindustrie beschreiben, was diese Welt bewegt. Geld soll nicht mehr „verdient“ werden, sondern mit Wetten auf Kursentwicklungen gewonnen werden. Zocken, ohne eine Spielbank zu betreten, ist zu einer Art Gesellschaftsspiel geworden.

In diesem Ungeist fällt es auch nicht mehr aus dem Rahmen, wenn man dem Staate auch nicht mehr gibt, was des Staates ist. Steuerhinterziehung ist eine nicht einmal mehr als Kavaliersdelikt eingeschätzte Begleiterscheinung eines modernen Raubrittertums, das von Gewinnmaximierung beherrscht wird.

Und was man über Hinterziehung nicht bekommt, das soll dann gefälligst durch Steuersenkungen sozusagen legal dazugewonnen werden.

Der Staat als Selbstbedienungsladen, derselbe Staat, der aber gleichzeitig alle Annehmlichkeiten im Höchstmaß bieten soll, die man für sein Wohlbefinden benötigt:

- 👉 mehr und bessere Bildung
- 👉 höhere innere und äußere Sicherheit
- 👉 beste Gesundheitsdienste
- 👉 schnellste, schlaglöcherfreie Verkehrswege
- 👉 umfassende Infrastrukturen.

Bezahlen darf das die Allgemeinheit, wir sind ja schließlich ein Sozialstaat, - wer immer auch die Leistungen des Staates zu bezahlen hat.

Das ist einer der Kerngründe für die auch in Deutschland inzwischen mit 83 Prozent des BIP hohe Verschuldung der Gebietskörperschaften. Allzu lange sind wir dem Irrtum erlegen, wir könnten uns den Luxus eines 4-Sterne-Hotels leisten, aber dafür nur den Preis für das Zimmer einer Vorstadtpension bezahlen, wie es Gerd Landsberg vom Städte- und Gemeindebund vor einem Jahr an dieser Stelle formuliert hat.

Die Thematik des Vorjahres hier nur kurz aufgreifend, - ich komme in anderem Zusammenhang noch einmal darauf zurück - darf ich deshalb mitteilen, dass wir als Gutachter für das von uns eingeforderte Schuldentilgungskonzept den Verfassungs- und Steuerrechtler Prof. Paul Kirchhof gewonnen haben, der sein Konzept in wenigen Wochen vorstellen wird.

Denn die sogenannte Schuldenbremse ist nicht das, was wir den uns nachfolgenden jungen Menschen als Lösung präsentieren können. Als Autofahrer wissen wir:

Die Bremsen funktionieren nur, wenn die Last, die gebremst werden muss, nicht zu groß ist. Also müssen wir die Lasten verringern. Und dazu müssen die mit den starken Schultern halt in besonderer Weise beitragen. Auch das ist gelebte Solidarität. Wir werden diese Diskussion in Deutschland weiter führen, weil wir Lösungen brauchen, - Lösungen, die uns auch in dieser Hinsicht zum Vorbild in Europa machen.

Zudem - und das ist eine weitere, nicht erträgliche Diskrepanz: Während die Einen immer neue Wege suchen, zum schnellen großen Geld zu kommen, erzielen gleichzeitig immer mehr Menschen für ihre volle Arbeitsleistung nur ein so geringes Einkommen, dass es ihnen selbst schon kein Auskommen gewährt, geschweige denn ihren Familien. Nebenbei bemerkt: Das ist nicht gerade familienfreundlich.

Diese Einstellung verstehen viele nicht, nicht nur die Betroffenen; es ist auch gesellschaftspolitisch verheerend. Denn wenn es sich durchsetzt, dass Arbeit den Menschen nicht mehr ernährt, denn entwerten wir die Arbeit als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben und legen zugleich die Axt an die Wurzel unseres Wirtschaftssystems.

Dann dürfen wir uns nicht mehr wundern, dass sich immer mehr Menschen von Arbeit ab- und sich dem zuwenden, was der Sozialstaat für sie ohne Arbeit bereithält.

Nun wird mir Mancher vorwerfen: Jetzt ist der auch noch für einen Mindestlohn; wir haben doch schon genügend Sozialapostel, die das fordern und die verkennen, dass manche Arbeit eine höhere Bezahlung nicht hergibt und Mindestlöhne deshalb Arbeitsplätze gefährden.

Dazu sage ich: Ein Arbeitsplatz ist nicht um seiner selbst willen da, sondern um des Menschen willen, der von seiner Hände beziehungsweise seines Kopfes Arbeit lebt. Das ist wesentlich.

Und wenn es im Namen der Globalisierung immer weniger möglich ist, Arbeit gerecht und für den Menschen auskömmlich zu bezahlen, dann müssen wir gemeinsam etwas gegen eine solche Form der Globalisierung unternehmen, statt sich in das vermeintliche Schicksal dieser Globalisierung zu ergeben.

Gerade aus christlicher Verantwortung widerspreche ich einer solchen Gesellschaftsentwicklung, und ich warne vor ihr: Sie entzweit, sie entsolidarisiert, ja sie kriminalisiert.

Natürlich, - auch mir wäre es lieber, wenn die Arbeitgeber beziehungsweise die Tarifvertragsparteien Löhne aushandeln würden, die den Gesetzgeber gar nicht erst auf den Plan rufen. Das ist übrigens einer der Kerngedanken dessen, was wir als **soziale** Marktwirtschaft bezeichnen, und nichts anderes als die Beachtung dieser Sozialverpflichtung fordere ich hier ein.

Dieses an sich Selbstverständliche ist aber leider nicht mehr selbstverständlich, und deshalb brauchen wir gesetzliche Regelungen, die allen arbeitenden Menschen ihre Würde belassen. Das ist für den sozialen Zusammenhalt wesentlich.

Das, was wir nach dem 2. Weltkrieg gemeinsam aufgebaut haben, nämlich eine rechtsstaatliche und soziale Leistungsgesellschaft, dieses hohe Gut ist in Gefahr.

Wie hatte noch Manfred Rommel, Stuttgarts früherer Oberbürgermeister gesagt: „Es gibt kein System, das nicht durch Nichtbeachtung seiner Grundlagen unbrauchbar werden könnte.“

Das aber, was nach dem Krieg Grundlage unserer Aufbauarbeit war, Freiheit und Gleichheit in Solidarität, scheint mehr und mehr zu schwinden.

Da schwindet übrigens auch die Freude, staatlicher Diener einer Gesellschaft zu sein, der diese Wertorientierung abhandeln zu können scheint. Denn es macht wenig Freude, denen zu dienen, die das Ausnutzen der Dienstwilligen zum täglichen Geschäft deklariert haben.

Ja, es ist wirklich so: **Wir brauchen nicht wesentlich mehr, wir brauchen mehr Wesentliches.**

Wir brauchen wieder tragfähige Grundsätze für eine solidarische Gesellschaft, - eine Gesellschaft, in der jedem das Wohl des Anderen am Herzen liegt, der sich ebenso redlich um Solidarität bemüht.

Und Solidarität erfordert zuallererst die Preisgabe des Ichbezugs; nicht das, was für mich am besten ist, darf mein Ziel sein, sondern das, was allen zugutekommt. Diesen Grundsatz vermissen wir zum Beispiel auch bei der Rechtsprechung. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern:

Wir halten uns in Deutschland die Institution des Berufsbeamtentums nicht, weil diese so in der Verfassung verankert ist. Wir brauchen diesen Beschäftigungsstatus, weil wir aus Überzeugung wollen, dass wesentliche staatliche Aufgabenbereiche stetig und dauerhaft funktionsfähig sind - zum Wohl der Menschen.

Da gehen nun Gerichte in Deutschland hin und erklären, einigen Beamten stehe - weil dieses ein Menschenrecht sei - zwar nicht das Streikrecht zu, aber bei ihnen dürfe ein Streik nicht sanktioniert werden.

Erstens: Ein solches Urteil ist sophistisch, denn wenn Beamtenstreik nicht mehr geahndet wird, dann ist er faktisch erlaubt.

Zweitens: Natürlich gibt es in vielen Lebenssituationen Einschränkungen der Rechte von Menschen. Überhaupt gilt der allgemeine Grundsatz, dass mein eigenes Recht stets da endet, wo Andere in ihren Rechten tangiert werden.

Die in einem Rechtsstaat lebenden Menschen haben aber zum Beispiel Anspruch auf Bildung; Bildung ist die Entscheidung über die Zukunft der jungen Generation. Hier darf ein Staat keine Ausfallerscheinungen zulassen. Darum sind Lehrer Beamte, darum muss die Schule streikfrei bleiben. Und darum muss ich als beamteter Lehrer nicht nur in Kauf nehmen, sondern substantiell dazu stehen, dass meine Rechte als Staatsdiener eben anders als durch Streik durchgesetzt werden müssen.

Und das gilt für alle hoheitlichen Bereiche des Staatsdienstes. Denn das Funktionieren des Staates ist für die Gemeinschaft wesentlich.

Sicherlich, die stets klammen Dienstherren schert das im politischen Alltag wenig. Aber dazu sind ja auch wir Gewerkschaften da; wir müssen und wir können dicke Bretter bohren.

Das belegen aktuelle Beispiele:

Die Halbierung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte im Jahre 2006 war auf fünf Jahre befristet ausgesprochen worden. So hatten es die Bundeskanzlerin und ich damals vereinbart. Und noch die große Koalition hatte dem Rechnung getragen und bereits 2008 ins Gesetz geschrieben, dass diese Kürzung zum 1.1.2011 wieder rückgängig gemacht wird.

Im Rahmen eines neuen großen Sparpakets im Juni 2010 wurde dieses Gesetz dann doch wieder kassiert. Das war glatter Vertrauensbruch gegenüber den Beamten. So haben wir es auch empfunden. Aber wir haben nicht gestreikt, auch keine streikähnlichen Maßnahmen ergriffen. Nein, - wir haben argumentiert, wir haben der Politik vorgehalten, dass man so nicht Vertrauen schaffen kann, dass man Menschen, die für den Staat arbeiten, vom Staat entfernt.

Und ich darf heute sagen: Diese Argumentation hat überzeugt, - übrigens zu allererst und ganz besonders den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder. Der war dann der politische Initiator für die zum Januar nun eingetretene Korrektur.

Volker Kauder hat alles daran gesetzt, diesen Vertrauensbruch zu heilen. Dafür danke ich ihm ganz persönlich.

Dass diese Heilung nun erfolgt ist, dafür danken wir natürlich auch der Bundesregierung, insbesondere Ihnen, lieber Herr Dr. Friedrich, und den Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, die diesen Fehler einstimmig korrigiert haben.

Wie heißt es doch bei Lukas, Kapitel 15, Vers 7: „Wahrlich, im Himmel wird mehr Freude sein über einen Sünder, der sich bekehrt, als über 99 Gerechte, die der Umkehr nicht bedürfen.“ Und ich füge hinzu: Nicht nur im Himmel, beim Beamtenbund auch!

Aber im Ernst: Einsicht und die Korrektur von Fehlern sind wesentlich.

Zudem: Das Bohren dicker Bretter geht also, aber es bedarf der Anstrengung, auch des Geschicks, den richtigen Weg zu gehen.

Uns sollte das ermutigen, auf diesem Weg fortzufahren, statt das für die Gesellschaft bewährte System des Berufsbeamtentums auszuhebeln. Das sage ich auch mit Blick auf die Länder, die in den zurückliegenden Jahren gerade in Sachen Sonderzuwendung allein zu Sparzwecken Ihre Beamten bitter enttäuscht haben. Auch hier plädieren wir für eine Rückkehr zur Vernunft, und sei es stufenweise.

Und da ich schon bei den Ländern bin: Hier gibt es Licht und Schatten. Großes Kompliment an die Länder, die das Ergebnis der Tarifverhandlungen 2011 ohne Wenn und Aber auf den Beamtenbereich übertragen haben. Dazu gehört auch - Herr Staatsminister Walter-Borjans, lieber Norbert, Nordrhein-Westfalen. Und ich begrüße auch die nunmehr doch vollzogene grundsätzliche Kehrtwendung in Bayern.

Ich begreife aber nicht, dass Länder wie Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz vom Pfad der Tugend abweichen. Das wird der Leistung der Menschen dort nicht gerecht.

Genau dieses haben wir seinerzeit mit unserem Widerstand gegen die Föderalismusreform befürchtet und sie deshalb bekämpft.

Nun sind wir bei dem, was man nur noch negativen Wettbewerb nennen kann, angelangt, also ein Wettbewerb, der den öffentlichen Dienst auseinander dividiert, weil die Finanzkraft der Gebietskörperschaften so unterschiedlich ist.

Das alles ist nicht mehr gerecht. Gerechtigkeit aber ist wesentlich.

Das macht unsere Aufgabe als Anwalt der Interessen der öffentlichen Dienstleister noch wichtiger. Gerade deshalb kündige ich mit Nachdruck an: Auch in der vor uns liegenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen werden wir uns prospektiv mit Entschiedenheit für die Menschen einsetzen, die übrigens unter erswerteren Bedingungen – das heißt mehr Wochenstunden, weniger Personal für mindestens dieselbe Aufgabenfülle - ihre Arbeit an Gesellschaft und Staat verrichten.

Ohne hier bereits konkrete Zahlen zu nennen, die als Forderung die Verhandlungen bestimmen, - wir müssen wirklich auch gehaltlich mehr tun, um zukünftig junge Menschen für den Dienst an der Gemeinschaft zu gewinnen. Denn bedingt durch den seit 1993 betriebenen systematischen Stellenabbau haben wir im öffentlichen Dienst in Deutschland ein Stadium erreicht, in dem die notwendige Leistungsfähigkeit ernsthaft in Frage gestellt ist.

Da ist es wirklich ein Skandal - jedes andere Wort wäre eine schreckliche Verniedlichung -, dass der Bund auch im neuen Haushalt fortfährt mit seinem seit 1993 betriebenen sturen Stellenabbauprogramm. Wieder sollen pauschal 1,9 Prozent Stellen abgebaut werden. Wissen eigentlich diese Damen und Herren im Haushaltsausschuss, was sie tun?

Allein in der Zollverwaltung, sagt der Finanzminister, fehlen über 3.600 Mitarbeiter. Im technischen Dienst der Bundeswehr sind es über 900 Techniker und Ingenieure. Die Folgen:

Über eine Million Vollstreckungsbescheide liegen auf Halde, das heißt fast 1,5 M die dem Staat als Einnahmen zustehen, werden nicht hereingeholt. Geht es uns zu gut?

Und das teure technische Material der Bundeswehr, - können wir das einfach mangels Wartung verkommen lassen?

Und so ist es nicht nur beim Bund. Unsere Gewerkschaften melden...

- ❖ über 15.000 fehlende Stellen bei der Finanzverwaltung, da wäre mit mehr Steuergerechtigkeit bares Geld zu holen,
- ❖ mehr als 20.000 fehlende Lehrer; hat Bildung wirklich Priorität?,
- ❖ mehr als 10.000 fehlende Polizisten, und da wird immer noch von mehr Sicherheit und besserer Prävention geredet,
- ❖ über 8.000 Beschäftigte fehlen bei den Straßenmeistereien, obgleich der Verkehr immer mehr zu- und der Zustand der Straßen abnimmt,
- ❖ jede Menge fehlende Techniker und Ingenieure, von der systematischen Unterbesetzung in der Lebensmittelkontrolle ganz zu schweigen.

Nein, wir sparen uns durch bis zur Handlungsunfähigkeit, denn wir brauchen ja einen schlanken Staat.

Ich erinnere daran: Auch die an Bulimie leiden, sind schlank. Aber die sind krank. Wollen wir wirklich Staats-Bulimie?

Und die, die wir noch haben, gehen bald. Denn wir haben einen Personalbestand mit einem systematisch hohen Durchschnittsalter. Das bedeutet:

In den kommenden zehn Jahren werden allein aus Altersgründen 19,7 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand treten; das sind über 700.000 Menschen; im Bund sind es übrigens rund ein Drittel aller Beschäftigten.

Die müssen ersetzt werden, wenn der Staat noch einigermaßen leistungsfähig bleiben soll. Und zwar in einer Zeit, in der das Arbeitskräfteangebot dank des starken Geburtenrückgangs seit den neunziger Jahren extrem knapper wird.

Da brauchen wir in der Konkurrenz mit der freien Wirtschaft attraktivere Einstiegsbedingungen. Dazu gehören auch deutlich höhere Anwärterbezüge und Ausbildungsvergütungen.

Ich frage Sie ernstlich, lieber Herr Bundesminister, warum dazu im Fachkräftegewinnungsgesetz, das wir sehr begrüßen, an dieser Stelle nicht mehr getan worden ist. Zumindest wäre es an der Zeit gewesen, die 1998 durchgesetzte Kürzung der Anwärterbezüge rückgängig zu machen.

Dazu gehören aber auch höhere Einstiegsgehälter und bessere Aufstiegsperspektiven.

Und es gehört manches Nichtmaterielle, zum Beispiel der Wiedereinstieg in eine interne Fachhochschulausbildung, um den Nachwuchs möglichst frühzeitig an den Staat zu binden, oder auch, dass mancher immer noch vorhandene Muff in Amtsstuben zugunsten eines modernen, für junge Menschen attraktiven Arbeitsumfeldes beseitigt wird.

Wir brauchen im Staatsdienst gerade diese Jugend, von der wir aus vielfältigen Aktivitäten, zum Beispiel im Freiwilligendienst, wissen, dass für viele Junge der Dienst an der Gemeinschaft eher als „normal“ angesehen wird. Sie wollen der Zukunft unserer Gesellschaft ein Gesicht geben, - ihr Gesicht.

Chancen für die jungen Menschen sind wesentlich.

Zu dem, was ich ebenfalls als das Wesentliche bezeichnen möchte, gehört auch die Bindung aller an Recht und Gesetz. Wenn ich „aller“ sage, dann meine ich auch, dass die Bundesregierung dazu gehört. Sie werden auf den ersten Blick sagen: Das ist selbstverständlich. Ich erwidere: Leider nicht mehr so ganz, und ich will das belegen.

Da wird eine Reform der Bundeswehr vorangetrieben, und das ist im ganzen sicher wichtig und richtig. Aber auch dafür müssen die bestehenden Rechtsregelungen gelten.

Das bedeutet zum Beispiel, dass ein Verteidigungsminister sich nicht mal eben um die Vorgaben des Bonn-Berlin-Gesetzes drücken kann.

Es mag sein, dass dieses Gesetz mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr stimmig ist. Dann müssen wir halt darüber reden, was wir wie verändern sollen und können. Aber eine Umgehung, wie sie mit der Standortfrage Bonn bezüglich des Ministeriums praktiziert werden soll, das ist nicht in Ordnung.

Gesetzestreue ist wesentlich.

Oder: Unsere Verfassung hat mit der Einführung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren in den Artikeln 87a und 87b eine Unterscheidung zwischen dem soldatischen und dem zivilen Personal vorgenommen.

Die Gründe dafür liegen einerseits in dem Formalaspekt, dass man für die Bundeswehr eine eigene Verwaltungsstruktur schaffen wollte, die nicht in Länderhand liegt. Andererseits legten die schlechten Erfahrungen des 3. Reiches für eine demokratisch strukturierte Truppe eine strikte Trennung zwischen zivilem und militärischem Bereich nahe.

Mit der jetzigen Reform soll dieses verfassungsrechtliche Fundament unterlaufen werden. Es habe sich überholt, und es sei mit Blick auf die große Zahl der Zeitsoldaten und deren Gewinnung eher hilfreich, wenn diesen nach Ablauf ihrer Zeit als Soldat ein Angebot im zivilen Verwaltungsbereich gemacht werden könnte.

Der Gedanke an sich mag richtig sein, Faktum aber ist: Unsere Verfassung lässt das nicht zu.

Wenn die Bundesregierung ihre Auffassung für tragend und gewichtig genug hält, dann muss sie dazu die Verfassung ändern lassen. Ein Vorbeimogeln an der Verfassung können wir prinzipiell nicht dulden, erst recht nicht von einem Verfassungsorgan. Auch wir haben die Föderalismusreform nicht gewollt, aber wir respektieren sie und halten uns daran.

Denn Verfassungstreue ist wesentlich. Das gilt auch für die Bundesregierung.

Während sich der bisherige Teil meiner Ausführungen mit Fragen beschäftigt hat, die im Wesentlichen Ausfluss eines **gesellschaftlichen Wandels** sind, so soll im Folgenden eine andere Entwicklung im Mittelpunkt stehen, der **demographische Wandel**, dem wir diese 53. Arbeitstagung widmen wollen:

Zu diesem Thema wird heute Nachmittag die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zu uns sprechen. Wir freuen uns sehr auf ihren Besuch und auf ihre Ausführungen dazu. Ich bin aber auch sicher, dass Sie, verehrter Herr Dr. Friedrich, zu diesem Komplex sprechen werden, schon ob Ihrer Zuständigkeit zu diesem Thema innerhalb der Bundesregierung. Ich werde mich deshalb dazu eher kurz fassen und auf wenig Wesentliches beschränken:

Was sind die wesentlichen Eckpunkte, die diesen demographischen Wandel kennzeichnen?

- ! Bis 2060 geht die Bevölkerung in Deutschland von jetzt 82 Mio auf circa 65 bis 70 Millionen zurück
- ! Dann wird der Anteil der Menschen über 65 Jahre auf 34 Prozent angestiegen sein; 2030 beträgt er schon 29 Prozent.
- ! Schon 2030 wird der erwerbstätige Teil der Bevölkerung um 6,3 Millionen niedriger liegen als derzeit.
- ! Derzeit steigt die durchschnittliche Lebenserwartung um 3 Monate pro Jahr.
- ! Während 2010 rund 2,42 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen sind, werden es werden es 2030 bereits 3,37 Millionen sein.

Das sind nur einige Eckdaten, die die zukünftige Entwicklung kennzeichnen.

Es ist richtig: Da muss etwas getan werden. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben, wenn wir die Zeit nicht weiter verschlafen wollen. Denn:

Eine Veränderung des Altersaufbaus lässt sich kurz- und mittelfristig, ja sogar langfristig durch steigende Geburtenzahlen und durch eine verstärkte Zuwanderung lediglich abmildern, nicht aber stoppen. Denn die demographische Alterung ist bereits im bestehenden Altersaufbau der Bevölkerung angelegt.

Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung den Bundesinnenminister beauftragt hat, bis zum Frühjahr **diesen** Jahres eine ressortübergreifende Demographie-Strategie zu entwickeln und vorzulegen.

Das ist eines Ihrer großen Zukunftsthemen, Herr Minister Friedrich, an dem wir alle konstruktiv mitarbeiten wollen und müssen. Denn wir müssen Lösungen finden, die von einer großen Mehrheit mitgetragen werden:

- ❖ Da ist als erstes das Problem der Sicherung unseres Wirtschaftspotentials und einer Wachstumsdynamik. Diese verlangen eine hinreichende Zahl von Arbeitskräften, von Menschen, die leistungsbereit, gut qualifiziert und innovationsfreudig sein müssen. Das ist gut so: Der Mensch, seine Bildung und Ausbildung, seine Leistungsfähigkeit und seine Ideen bekommen endlich wieder mehr Konjunktur.
- ❖ Wir werden dazu vor allem Frauen, Migranten, auch ältere und behinderte Menschen stärker als bisher umwerben, sie in den Arbeitsmarkt integrieren müssen.
- ❖ Wir werden darüber nachdenken, welche Folgen der schon eingesetzte Exodus aus den ländlichen Regionen haben wird - für die Möglichkeiten der Bereitstellung von Infrastruktur und deren Auslastung.
- ❖ Wir werden uns darauf einstellen, dass die Bedürfnisse der größer werdenden Zahl älterer Menschen bedient werden, ohne dass die junge Generation vernachlässigt wird.

- ❖ Wir werden in den Bereichen Gesundheit und Pflege noch stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, sowohl in Bezug auf eine nachhaltige Finanzierung als auch in Bezug auf das notwendige Personal für diese Aufgaben.
- ❖ Und da das alles viel Geld kostet, werden wir nicht nur Abschied nehmen müssen von dem Gedanken, man könne das alles mit weniger Steuern finanzieren. Im Gegenteil:

Wenn immer weniger übrig bleiben, um unsere Sünden, die in einem Berg von derzeit 2,027 Billionen Schulden bestehen, abzutragen, dann ist es unsere verdammte Schuldigkeit, hier bereits jetzt alles Mögliche zu tun, um diese Erschwernisse für die Jungen durch uns Alte zumindest zu verringern.

Unsere Initiative des Vorjahres zum Altschuldenabbau als *conditio sine qua non* für eine Schuldenbremse hatte darin ihren Kern. Wir müssen mehr Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten für unsere jungen Menschen eröffnen.

Wir sprechen derzeit mit der Evangelischen Kirche Deutschlands, mit der Deutschen Bischofskonferenz sowie mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks über eine gemeinsame Initiative zum Thema Schuldenabbau.

Das Kirchhof-Gutachten soll dazu Anregungen geben. Aber wir wollen eine breite Diskussion, damit wir auf der Basis einen hohen Konsenses gemeinsame Wege zur Lösung dieses Problems finden.

Denn es kann nicht sein, dass die insbesondere aus der Demographie vorhersehbaren Probleme der Zukunft nur deshalb nicht gelöst werden können, weil wir den Jungen diese große finanzielle Hypothek hinterlassen haben.

Das betrifft die Wirtschaft; insbesondere das Handwerk und den Mittelstand. Es lebt gerade in schwierigen Zeiten auch von der Investitionskraft der öffentlichen Hand. So werden Arbeitsplätze gesichert und Einnahmen auch für den Staat und die Sozialsysteme generiert.

Das betrifft die Kirchen mit ihrem ungeheuer großen Engagement im sozialen Bereich, und zwar bei Jung und Alt, aber auch mit ihren Maßstäben für ein gesellschaftliches Miteinander in Frieden und Eintracht und mit Respekt und Solidarität gegenüber dem Nächsten.

Und das betrifft auch den Staat, seine notwendigen Dienste und seine dafür notwendigen Diener. Zu Bedeutung der Nachwuchsgewinnung hatte ich bereits Wesentliches gesagt. Und zum Unsinn des weiteren Stellenabbaus ebenfalls. Was mir aber darüber hinaus am Herzen liegt, weil es notwendig ist, das nennt auch der Demographiebericht der Bundesregierung vom Oktober 2011 beim Namen, nämlich eine „demographiegerechte Personalpolitik“.

Das meint

- ❖ eine alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung mit neuen Arbeitszeitmodellen und flexiblen Altersgrenzen,
- ❖ ein wirksameres Gesundheitsmanagement im Sinne einer echten Gesundheitsförderung,
- ❖ eine verstärkte Qualifizierung, zum Beispiel durch mehr Fort- und Weiterbildung,
- ❖ Möglichkeiten zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit nach dem sogenannten Falter-Modell, sowie
- ❖ konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen, wie sie mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz von 2009 geschaffen worden seien.

Hört sich schön an, - aber wird es wirken? Und wird es reichen?

Wie sieht es derzeit mit solchen Entwicklungen aus?

In der Arbeitsgestaltung fehlt es weniger an Modellen als an der Umsetzung. Zudem: Wenn sie auf Akzeptanz stoßen sollen, dann werden sie auch etwas kosten; nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen.

Ich muss, lieber Herr Bundesminister, zum Beispiel daran erinnern, dass bei allen bisherigen Modernisierungskonzepten, an denen wir ja konstruktiv mitgewirkt haben, die versprochenen Effizienzgewinne, die zu Teilen auch den Beschäftigten zugesagt waren, bisher ausgeblieben sind. Soweit die Erfahrungen zum „Vertrauen in Zusagen“.

Ich weise darauf hin, dass die Inanspruchnahme des sogenannten Falter-Modells derzeit weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

Ich prognostiziere, dass in der Praxis die Genehmigung von Fort- und Weiterbildung immer öfter an dem Faktum scheitern wird, dass eine unterbesetzte Dienststelle immer weniger auf Personalkapazität wird verzichten können.

Ja, und konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen?

In einem sind wir wirklich konkurrenzfähig, in den Teilzeitmöglichkeiten. Aber sonst?

Wie steht es zum Beispiel mit der Einrichtung von Heimarbeitsplätzen vor allem für die Mütter, die wir zukünftig mehr denn je benötigen?

Warum sind wir hier so zurückhaltend? Fürchten die Personalverantwortlichen etwa, dass in der Praxis nicht das gebotene Arbeitszeitvolumen eingehalten wird?

Das ist doch Unfug. Die Cleveren wissen auch im Büro mit dem Thema Arbeitszeit geschickt umzugehen, wenn sie denn wollen.

Vertrauen in die Mitarbeiter ist wieder gefragt. Und nur der, der Vertrauen in seine Beschäftigten hat, wird dafür auch mit hohem Engagement belohnt.

Heimarbeitsplätze sind gewollt. Aus einer forsa-Umfrage vom Juni 2010, die wir haben machen lassen, ist zu entnehmen, dass fast zwei Drittel der Frauen ein Heimarbeitsplatz-Angebot wünschen.

Zudem: Heimarbeitsplätze sind kostengünstig; sie verschlingen weder Büroraum noch Heizkosten, - ein Eldorado für Jäger, die stets nach Einsparpotentialen auf der Lauer liegen.

Na ja, und dann das Dienstrechtsneuordnungsgesetz 2009! Daran haben wir ja auch konstruktiv mitgewirkt. Das Gesetz ist im Ganzen gut; aber es wird nicht reichen, um die Nachwuchsprobleme zum Beispiel für den IT-Bereich, bei Technikern und Ingenieuren oder bei Ärzten zu lösen.

Ich erinnere freundlich an unsere weitergehenden Vorschläge, etwa an eine stärker leistungsorientierte Bezahlung, an eine gruppenunabhängige Laufbahngestaltung, um die Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern, auch an eine Mitnahmemöglichkeit von Versorgungsansprüchen, schon um dem Beschäftigten die Möglichkeit zum Wechsel in ein privates Beschäftigungssystem zu geben.

Bei all dem war die Bundesregierung entweder zu ängstlich, oder es schied von vornherein aus, weil es mehr Geld kostete.

Insofern sind Regierende nicht anders als Regierte: Alles, was gut ist, ja sogar das Beste zu haben, aber nicht das dafür zu bezahlen, was es kostet und auch wert ist.

Wir werden die Probleme des demographischen Wandels nicht lösen mit dem Programm des billigen Jakob. Das wäre Kirmes-Niveau: unterhaltsam, aber wertlos.

Ein typisch deutsches Sprichwort sagt: Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren. Das, meine lieben Freunde, kann nicht das Lösungswort für unsere Zukunft sein.

Damit auch etwas passiert, rege ich deshalb an:

1. Wir unterstützen den Einstieg in eine Strategie für die Bewältigung des demographischen Wandels. Und wir erwarten, dass wir in die Entwicklung dieser Strategie einbezogen werden. Denn niemand von uns kann so viel bewirken, wie wir alle miteinander.
2. Wir sind bereit, an einer weiteren Modernisierung des Dienstrechts konstruktiv mitzuwirken, die eine demographiegerechte Personalpolitik zum Ziel hat. Eckpunkte dazu hatte ich bereits genannt.
3. Wir erwarten von der Bundesregierung einen konstruktiven Umgang mit dem von den Kirchen, vom Handwerk und von uns eingeforderten Thema "Schuldentilgung". Das schließt die Mitwirkung an einem für das Frühjahr geplanten gemeinsamen Kongress ein.

Denn wir wollen auch in Zukunft einen funktionsfähigen Staat, den die Menschen durch ihre Steuern zwar nicht mit Begeisterung, aber mit der Einsicht in die Notwendigkeit finanzieren.

Dieses Ja zum Staat, zu einem funktionsfähigen Staat, zu einer solidarischen Gesellschaft mit einer prosperierenden sozialen Marktwirtschaft, - das ist das Wesentliche auch in der Zukunft.

Und tröstlich ist: Wir müssen dieses Rad nicht neu erfinden, aber wir müssen es lauffähig halten, Unwuchten austarieren, ölen, wo es Rost ansetzt, Bodenhaftung schaffen, wo es auszubrechen droht.

Ich biete unsere ganze Kraft dazu an. Denn wir tragen als Staatsdiener nicht nur Verantwortung für unsere Aufgabe, sondern auch Verantwortung für das Ganze.